Die Friedensbewegung in Deutschland im Spannungsfeld – Teil 1

19 Apr. 2025 22:00 Uhr

Die Friedensbewegung in Deutschland steckt seit vielen Jahren in der Krise. Denn sie befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen der alten, vom NATO-Westen dominierten Welt und der sich entwickelnden neuen multipolaren Weltordnung. Wo könnten Auswege aus dieser Lage zu finden sein?

Quelle: www.globallookpress.com © IMAGO/Christian Ditsch via www.imago-images.de
Der Ostermarsch in Berlin am 30. März 2024

Von Doris Pumphrey

Die Friedensbewegung ist eine sogenannte Graswurzelbewegung, die die Mühen eines Aufbaus und einer Mobilisierung von unten durchlaufen muss. Authentische, unabhängige Graswurzelbewegungen haben es heute viel schwerer als früher.

Die Massen werden heute von professionell geführten, künstlich geschaffenen Graswurzelbewegungen mobilisiert, mit ihren unzähligen NGOs und Vereinen, die beispielsweise von Ministerien, der EU, Stiftungen, Finanzkonzernen, George Soros oder USAID subventioniert werden. Mit viel professioneller PR und Medienrummel bedienen ihre Massenevents die staatlich geförderte Meinung und politische Agenda der herrschenden Elite.

Der Protest der Friedensbewegung richtet sich gegen die Regierungspolitik. Je deutlicher ihre Positionierung und je stärker die Meinungsfreiheit eingeschränkt wurde, desto größer ist ihre Missachtung oder Diffamierung durch Politik und Medien.

In der Friedensbewegung agieren lokale und bundesweite Organisationen und Einzelpersonen mit zum Teil sehr unterschiedlichen ideologischen und politischen Positionen, auf die ich an dieser Stelle nicht eingehen kann. Hinzu kommt die sogenannte "neue" Friedensbewegung.

Wenn ich von DER Friedensbewegung spreche, dann ist das eine notwendige Verallgemeinerung. Es geht hier vor allem um die in der Bundesrepublik geprägte "alte" Friedensbewegung, wie sie in ihrer Gesamtheit nach außen und in ihrem geschichtlichen Zusammenhang erscheint.

Viele fragen sich, was aus der Friedensbewegung geworden ist, die im Kalten Krieg Anfang der 80er-Jahre in der alten BRD Hunderttausende im Kampf gegen die Stationierung der US-Atomraketen Pershing II und Cruise-Missiles mobilisieren konnte.

Geschichtliche Entwicklungen werden meist von ihrem Ende her betrachtet. Manche erinnern sich gerne an die bunten Massen im Bonner Hofgarten. Was rückblickend oft vergessen wird: Die Großdemonstrationen waren das Ergebnis eines teils zähen politischen Kampfes, in dem Kommunisten, Antiimperialisten, Grüne, linke Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Christen zusammenwirkten.

Fälschlicherweise wird diese Massenbewegung als pazifistische Bewegung bezeichnet. Auch wenn Pazifisten immer Teil von Friedensbewegungen sind, die Friedensbewegung ist keine per se pazifistische Bewegung.

Die NATO-Propaganda hatte die neuartigen US-Erstschlagswaffen als Antwort auf die sowjetischen SS-20 dargestellt. Natürlich gab es innerhalb der Friedensbewegung den Versuch, diese falsche Gleichsetzung unter dem Vorwand durchzusetzen, nur auf der Grundlage der sogenannten Äquidistanz die gewünschte "Bündnisbreite" erreichen zu können.

Der Bewegung, die um den Krefelder Appell so viel Momentum entwickelte, gelang es, ihre ganze Kraft auf den Widerstand gegen die neuen US-Atomraketen zu fokussieren. Die unterschiedlichen Kräfte waren bereit, ihre politischen und ideologischen Meinungsverschiedenheiten und Forderungen zurückzustellen. Wer diese eine konkrete, gemeinsame und zentrale Forderung teilte, war willkommen. Eine Gesinnungsprüfung oder McCarthy-ähnliche Hexenjagd fand nicht statt. Die Friedensbewegung war inklusiv und nicht exklusiv.

Eines dürfen wir nicht vergessen: Die Bipolarität – Imperialismus gegen Sozialismus – bestimmte die geopolitischen Auseinandersetzungen. In der Friedensbewegung war das Bewusstsein über die politischen und militärischen Fronten prägend. Die NATO und der Warschauer Vertrag standen sich gegenüber – und die BRD einer DDR, die von antifaschistischen Widerstandskämpfern aufgebaut worden war. In der DDR waren Frieden, Antifaschismus und antiimperialistische Solidarität politische Grundlage und Aufgabe.

Der Staatsapparat der BRD hingegen war nicht nur durch hochrangige Nazis und SS-Veteranen aufgebaut worden. Sie spielten auch eine wichtige Rolle in der Wirtschaft, der Politik und der Justiz. Natürlich auch in der Bundeswehr – ganz im Interesse der NATO, die gegen die Sowjetunion gegründet worden war.

Im Bundestag der alten BRD saßen über viele Jahre ehemalige NSDAP-Mitglieder. Den "Nachkriegskonsens: keine Zusammenarbeit mit extremen Rechten", den Olaf Scholz heute herbeifantasiert, hat es nie gegeben.

In der BRD wurde der Nazi-Faschismus systematisch auf den Völkermord an Juden reduziert. Der Raub- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion wurde nie aufgearbeitet. Das wirkt sich bis heute auf die Politik der Bundesregierung gegenüber Israel und Russland aus. Deutsche Staatsräson bedeutet die volle Unterstützung des israelischen Völkermords an Palästinensern. Die geopolitische Hauptstoßrichtung deutscher Außen- und Kriegspolitik richtet sich heute wieder gegen Russland.

Von der bipolaren zur unipolaren Welt des "Menschenrechts"-Imperialismus

Als die DDR der BRD durch Gorbatschow auf einem Silbertablett überreicht wurde, feierte der tief sitzende bundesdeutsche Revanchismus seinen lang ersehnten Sieg. Die BRD konnte sich nun an der DDR rächen, die sie seit 1949 mit allen Mitteln bekämpft hatte.

Die medialen Lügen- und Hetzkampagnen gegen alles, was DDR war, diente auch dazu, den Deutschen langfristig jeden Gedanken einer sozialistischen Alternative auszutreiben. Die PDS-Führung trug mit ihren würdelosen Entschuldigungen und ihrer Distanzierung von der DDR dazu bei, statt die Auseinandersetzung mit der Geschichte und dem Charakter der alten BRD zu suchen.

Viele in der Friedensbewegung der BRD hatten ihre Hoffnung auf die PDS gesetzt. Doch ihre Führung verabschiedete sich immer deutlicher vom Antiimperialismus und Antimilitarismus – beides zentrale Erkennungsmerkmale linker Politik. Schließlich versprach Gregor Gysi dem US-Botschafter, er werde in seiner Partei die Forderung nach einem NATO-Austritt Deutschlands verhindern und mit der illusionären Forderung nach einer Auflösung der NATO ersetzen.

Der Verlust der Sowjetunion – des Gegenpols zum US-Imperialismus – und des Friedensstaates DDR führte zu einer allgemeinen Schwächung der politischen Linken in Deutschland – mit entsprechender Auswirkung auf die Friedensbewegung. Die linken Koordinaten gerieten durcheinander. Das begann mit der Begriffsverwirrung von "links" und "rechts" – Begriffe, die heute oft in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Der Krieg gegen Jugoslawien

Im neuen Großdeutschland konnte der alte BRD-Revanchismus mit seiner völkischen Ideologie die außenpolitischen Fesseln abwerfen, die ihm die Nachkriegsordnung auferlegt hatte. Er zielte sofort auf die Zerschlagung Jugoslawiens, begleitet von einer hysterischen antiserbischen Hetze und Dämonisierung von Präsident Milošević.

Das wirkte sich auf die Friedensbewegung aus: Sie schwieg – bis auf wenige Ausnahmen. Die große Mehrheit schwieg auch, als unter der SPD-Grünen-Regierung 1999 Außenminister Josef Fischer die Bombardierung Jugoslawiens mit seinem "Nie wieder Auschwitz!" als antifaschistischen Akt deklarierte.

Die Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien war der Türöffner für deutsche Kriegseinsätze. Die Zerstörung des blockfreien Landes war auch der erste Einsatz der NATO außerhalb des eigenen Bündnisgebiets und diente als Rechtfertigung für ihre weitere Existenz.

Von nun an verteidigte die "westliche Wertegemeinschaft" mit "humanitären Interventionen" die "Menschenrechte" weltweit. Dafür schrieb sie sich die "regelbasierte internationale Ordnung" auf die Fahne, die Volker Perthes, vormals Leiter der regierungsfinanzierten Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), klar definierte: "Eine Allianz williger Staaten muss internationale Regeln ersinnen, ohne den Verdacht zu erwecken, dass es dabei um westliche Dominanz geht."

"Krieg gegen den Terror" und Regime-Change

Nach dem Anschlag in den USA vom 11. September 2001 sicherten sich die mit Israel eng verbundenen US-Neokonservativen einen entscheidenden Einfluss auf die US-Außenpolitik. Der sogenannte "Krieg gegen den Terror" diente ihnen als Vorwand für den Krieg gegen Afghanistan. Sogenannte "humanitäre Interventionen" dienten den Regime-Change-Operationen unter anderem gegen den Irak, Libyen und Syrien zur "Neuordnung des Mittleren Ostens".

Um störenden Protest an der westlichen "Heimatfront" zu verhindern, wurde das immer gleiche Propaganda-Drehbuch durchgespielt:

US-Geheimdienste nutzten die soziale Unzufriedenheit in den sogenannten Schurkenstaaten, schürten latente Konflikte, unterstützten materiell – auch mit Waffen – oppositionelle Kräfte, um Proteste zu Aufständen auszuweiten und staatliche Repressionen zu provozieren. In groß angelegten Medienkampagnen und mithilfe von NGOs wurden die Staatsoberhäupter dämonisiert. Zum "Schutz der Zivilgesellschaft" wurden die Länder mit Sanktionen geknebelt und schließlich mit Gewalt terrorisiert.

Vom Westen finanzierte und instruierte NGOs wurden ein wichtiger Teil der hybriden Kriegsführung, auch in den sogenannten Farbrevolutionen an der Peripherie Russlands. Die derzeitigen Enthüllungen über die Aktivitäten von USAID bestätigen, was vorher gerne als "Verschwörungstheorie" abgetan wurde.

Die Friedensbewegung muss die imperialistischen Regime-Change-Operationen in ihren geopolitischen Zusammenhängen sehen und sich davor hüten, eigene eurozentristische Vorstellungen auf andere Länder zu projizieren. Nicht wir, sondern die Menschen in den angegriffenen Ländern erleiden schließlich die Konsequenzen.

Von der eigenen Regierung muss gefordert werden: keine direkte oder indirekte Beteiligung und Unterlassung aller Aktivitäten, die die Lage in den angegriffenen Ländern weiter anheizen.

Durch die Schwächung der antiimperialistischen Kräfte nach 1990 war der ideologische Einfluss des "Menschenrechts"-Imperialismus besonders fatal, auch in der Friedensbewegung. Beeinflusst vom Propaganda-Drehbuch distanzierten sich Akteure der Friedensbewegung in Aufrufen und Reden immer wieder aufs Neue vom jeweils dämonisierten Feind, um "glaubwürdig" zu erscheinen. Diese Distanzierungsrituale schwächten die Friedensbewegung.

Kriegswaffe "Sanktionen"

Erinnern wir uns: Als eine *CBS*-Journalistin 1996 die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Madeleine Albright fragte, ob der Tod von mehr als einer halben Million Kindern infolge der Sanktionen gegen den Irak den Preis wert sei, antwortete sie: "Ja, das ist den Preis wert."

Hier sei angemerkt, dass der Begriff "Sanktionen" der Verschleierung dient: Denn nichts und niemand gibt einem Staat oder einem Staatenbündnis wie der EU das Recht, selbstherrlich Strafmaßnahmen zu verhängen. Dazu ist allein der UN-Sicherheitsrat legitimiert. In UN-Dokumenten werden sie daher als "unilaterale Zwangsmaßnahmen" bezeichnet.

Sanktionen sind ein völkerrechtswidriges Instrument des Krieges. Große Teile der Friedensbewegung haben nie oder kaum gegen die Sanktionspolitik protestiert. Wir sehen das auch heute bei den Sanktionen der USA und der EU gegen Russland, die von Teilen der gesellschaftlichen Linken und der Friedensbewegung sogar unterstützt werden.

Die NATO rückt vor Richtung Russland

Zum Abzug der alliierten Streitkräfte aus Berlin 1994 hatten die USA und die Stadt Berlin eine gemeinsame Parade aller Alliierten abgelehnt. Sie wollten damit die sowjetischen beziehungsweise russischen Truppen demütigen.

Der bekannte DDR-Schriftsteller Volker Braun notierte dazu:

"Die gesonderte Verabschiedung der russischen Streitkräfte war eine stille Kriegserklärung an Russland. Die Westalliierten, die im Zweiten Weltkrieg zögernd die zweite Front eröffnet hatten, sind im Dritten auf deutscher Seite."

Es dauerte nicht lange, und die NATO begann, samt dem Aufbau einer militärisch-technischen Infrastruktur in Richtung Russland vorzudringen – entgegen den Abmachungen. Russlands diesbezüglicher Vorwurf wurde durch den Fund eines Vermerks im britischen Nationalarchiv bestätigt. Demnach hatte der Vertreter Bonns Jürgen Chrobog erklärt:

"Wir haben in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die NATO nicht über die Elbe hinaus ausdehnen."

Das eigentliche Ziel der NATO-Osterweiterung war die Ukraine. Ohne die Ukraine könne Russland keine Großmacht mehr werden, schrieb der bekannte US-Stratege Zbigniew Brzeziński im Jahr 1997. In den NATO-Ländern war man sich des Risikos einer NATO-Ausdehnung in die Ukraine bewusst – und damit der Verletzung der legitimen Sicherheitsinteressen Russlands. Das belegen inzwischen zahllose Aussagen westlicher Diplomaten, Militärs und Experten.

Der ungarische Ex-Diplomat Dr. György Varga machte vor Kurzem auf einen weiteren wichtigen Aspekt aufmerksam, der hierzulande kaum Beachtung fand: Bei ihrem Gipfel in Bukarest im Jahr 2008 hatte die NATO mit ihrer Ankündigung einer Mitgliedschaft der Ukraine die nationale Souveränität der Ukraine verletzt. Diese hatte sich nämlich seit ihrer Unabhängigkeit in ihren grundlegenden Dokumenten als "ständig neutrales und blockfreies" Land definiert. In dieser Form war sie auch von Russland anerkannt worden.

Ende von Teil 1

Vortrag, gehalten auf dem Kongress "Krieg und Frieden" der Neuen Gesellschaft für Psychologie in Berlin vom 10. bis 12. April 2025; zuerst veröffentlicht vom Deutschen Freidenker-Verband unter www.freidenker.org am 16. April 2025. RT DE dankt für die Genehmigung zur Wiederveröffentlichung.

***Doris Pumphrey** ist langjährige Aktivistin in der Friedensbewegung, unter anderem in der Friedenskoordination Berlin.*

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.